



**Flagge zeigen** Rupert Ebner (Mitte) mit anderen Slow Food Mitgliedern und Sympathisanten bei der Demo „Wir haben es satt“ 2011.

**DEMO | „WIR HABEN ES SATT!“** Das war das Motto der für Samstag, den 21. Januar, angekündigten Demonstration für eine gentechnikfreie, tierfreundliche, bäuerliche und faire Landwirtschaft in Deutschland und der EU. Zu den 26 Trägern der Veranstaltung, die Bauernhöfe statt Agrarindustrie und mehr Mut bei der GAP-Reform fordern, gehörte auch Slow Food Deutschland. Die Demonstration startete auf dem Washingtonplatz am Hauptbahnhof. Sie endete mit einer Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor.

**Mehr Infos** [www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)

## Kritik | Die GAP – große Erwartungen, kleiner Wurf

**Im Oktober letzten Jahres hat die Europäische Kommission die Rechtsvorschläge für die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) vorgestellt.**

**Von der umfassenden, auf Ökologie und Nachhaltigkeit bedachten Reform, die EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș vorschwebte, ist aus Slow Food Sicht nur eine sehr abgespeckte Version übrig geblieben. Es ist also notwendig, mit konstruktiver Kritik in die Debatte einzugreifen.**

**Die bundesweite Kampagne „Meine Landwirtschaft“, hinter der 39 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz stehen – darunter auch Slow Food Deutschland –, will die Diskussion um die Landwirtschaft der Zukunft in die Gesellschaft tragen.**

Von **Elisabetta Gaddoni.**

„Ein neuer Vertrag zwischen Landwirten und Gesellschaft“ sollte nach den Worten von EU-Kommissar Dacian Cioloș mit der neuen EU-Agrarpolitik ab 2014 geschlossen werden. Gemessen an seiner ersten Kommunikation von 2010, die eine regelrechte „Grüne Wende“ versprach, ist der

Entwurf, der nun in den Händen der EU-Agrarminister und des Europäischen Parlamentes liegt, eher enttäuschend. Nachdem die Vorankündigungen bei den Agrarlobbys und den Regierungen so viel Alarm ausgelöst hatten, wurden einige richtungsweisende Maßnahmen wesentlich nach unten

korrigiert, sodass sie fast nur noch symbolischen Wert besitzen. Dennoch gehe der Entwurf für viele Politiker und Organisationen, wie etwa den Deutschen Bauernverband, viel zu weit. Selbst die bescheidenen Umweltauflagen, die der Entwurf vorsieht, seien für die Landwirte eine Zumutung, ebenso wie die „Deckelung“ von Subventionen, die 300.000 Euro überschreiten. Da über die Hälfte aller EU-Betriebe, die bislang über 500.000 Euro an Direktzahlungen erhalten, in Deutschland liegen, ist es klar, dass sich hier der Widerstand der Agrarlobbys gegen die Regierung am meisten spüren lässt. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner habe bereits signalisiert, dass sie nicht bereit sei, Kürzungen für deutsche Betriebe hinzunehmen. Auch die vorgeschlagene ökologische Flächenstilllegung halte sie für falsch. DBV-Präsident Gerd Sonnleitner hält dies sogar für unverantwortlich, angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln und des wachsenden Bedarfs an Bio-Energie aus Pflanzen.

### **UMWELTSCHUTZ UND ARBEIT SOLLTEN PRIORITÄT HABEN**

Auch Kleinbauern-, Umwelt- und Verbraucherverbände kritisieren Cioloș Entwurf, allerdings aus einem ganz anderen Gesichtspunkt. Die Grundidee, Landwirte für Umweltschutz nach dem Motto „Öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ zu belohnen, sei zu begrüßen. Dass dies

letztendlich nur etwa ein Drittel der gesamten Direktzahlungen betrifft, sei allerdings inkonsequent. Der Rest würde nach wie vor im Gießkannenprinzip je nach Betriebsgröße verteilt, mit der einzigen Auflage für die Empfänger, die gesetzlichen Standards einzuhalten (sogenannte *Cross Compliances*).

„Sie bekommen also Geld, wenn sie in einer Ortschaft nicht schneller als 50 fahren, also für etwas, was selbstverständlich sein sollte“, kommentiert ironisch Rupert Ebner, Tierarzt aus Bayern und Vorstandsmitglied von Slow Food Deutschland. Er stellt die direkten Subventionen für die Landwirte nicht infrage, sondern die Art, wie sie verteilt werden: „Landwirtschaft in Industrienationen muss subventioniert werden, weil die lokale Ernährungsgrundlage erhalten werden muss. Fruchtbarer Boden ist zwar Eigentum der Besitzer, da er aber nicht vermehrbar ist, hat der Besitzer Verantwortung dafür zu tragen. Hier unterscheidet sich die Landwirtschaft fundamental von der Industrie und anderen Zweigen der Wirtschaft. Darüber gibt es in der Gesellschaft einen breiten Konsens. Aber wichtiger als die Fläche, die Größe eines Betriebes wäre das Vergabekriterium, wie viele Arbeitskräfte bindet ein Betrieb pro Hektar. Ein Fördermodell, das die Intensität der Arbeitskraft anerkennt und glaubhafte, ökologische Nachhaltigkeit belohnt, kommt aber im aktuellen *Ciolo* Entwurf kaum vor.“ Immerhin führe der neue Gesetzesvorschlag den Begriff des „aktiven Landwirts“ ein: Subventionen sollen nur diejenigen erhalten, die mindestens fünf Prozent ihrer Gesamteinkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit erzielen. Das zielt nicht auf Nebenerwerblandwirte, sondern auf große Unternehmen wie z. B. Fluggesellschaften oder Golfclubs, die sonst durch den bloßen Besitz von Land Anspruch auf Direktzahlungen hätten und sie bislang auch erhalten haben.

### KEINE ABKEHR VON INDUSTRIELLER LANDWIRTSCHAFT

Die Größe der Betriebe als Vergabekriterium für EU-Direktzahlungen löste Anfang der 90er-Jahre die Produktsubventionen ab, nachdem diese Überproduktion u. a. in Form von Butterbergen und Milchseen zur Folge hatten. Das Modell der „Flächenprämie“ belohnt aber vor allem

größere Betriebe, die eine industrielle, auf Monokulturen oder Massentierhaltung spezialisierte Landwirtschaft praktizieren. Das sind aber auch diejenigen, die durch ihre rationalisierten Arbeitsprozesse am wenigsten Beschäftigung schaffen und die durch den intensiven Einsatz von Energie, Düngern, Pestiziden und Plastik am meisten die Umwelt belasten. Europaweit streichen bislang etwa 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der EU-Agrarfördermittel ein: Dank der Subventionen können sie Land dazukaufen und sich zusätzlich vergrößern, oder teure Pachtgebühren zahlen und zu niedrigeren Preisen als die kleineren Betriebe produzieren. So ist der Vorschlag, die Subventionen an große Agrarbetriebe zu kürzen bzw. eine Obergrenze dafür festzulegen, überfällig. Zumal die Basisprämien in den EU-Ländern langfristig angeglichen werden sollen: Zur Zeit erhält z. B. ein Landwirt in Deutschland 344 Euro Direktzahlung pro Hektar, in Lettland nur 77 Euro. Allerdings kritisieren viele, dass die Obergrenze der Direktzahlungen mit 300.000 Euro viel zu hoch angesetzt sei. Betroffen wären z. B. in Bayern ganze fünf Betriebe, „wobei sich das leicht umgehen lässt, indem die Betriebe ‚geteilt‘ werden, bis die Größenordnung entspricht...“, vermerkt Rupert Ebner. Nach dem Motto: „Wer viel hat, dem wird viel gegeben“ würden die Direktzahlungen nach wie vor ausgerechnet an die großen Agrar- und Lebensmittelbetriebe gehen, die am wenigsten nach den Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit und der Lebensmittelsicherheit produzieren: gerade die Art Betriebe, die immer wieder durch Lebensmittelskandale ins Kreuzfeuer der Medien geraten.

### LÄNDLICHE ENTWICKLUNG STÄRKER FÖRDERN

Dass nur 30 Prozent des Gesamtbudgets der sogenannten „Ersten Säule“ (den EU-Direktzahlungen an die Landwirte) mit der Einhaltung von Umweltauflagen verbunden sind, relativiert stark den ökologischen Anspruch der Reform. Und die Umweltauflagen selbst, die sogenannten „Greeningsvorgaben“ sind so niedrig angesetzt, dass es fraglich ist, ob sie der Erweiterung von Monokulturen, der Umwandlung von Dauerweideland in

### Das will die GAP ab 2014 (die wichtigsten Punkte):

Das sogenannte „Zwei-Säulen-Modell“ (Erste Säule: Direktzahlungen an die Betriebe, Zweite Säule: Förderung der ländlichen Entwicklung) bleibt erhalten, mit einigen Veränderungen und Verschiebungen:

#### Erste Säule: Direktzahlungen aus EU-Mitteln

70 % der Direktzahlungen sollen nach wie vor unter den Betrieben nach dem Kriterium der Flächengröße verteilt werden, als „Basisprämie“. Diese werden jedoch ab 150.000 Euro stufenweise gekürzt, ab 300.000 Euro gekappt. Die Kosten für Lohnarbeitskräfte können gegengerechnet werden.

30 % der Direktzahlungen sollen als „Greeningprämie“ an Betriebe gehen, die folgende ökologische Auflagen erfüllen: Erhaltung von Dauergrünland, Ausweisung von mind. 7 % der Nutzfläche als „ökologische Vorrangfläche“ (Feldränder, Hecken, Grünstreifen, usw), Anbau von mindestens drei Kulturen, wobei die größte nicht mehr als 70 %, die kleinste nicht weniger als 5 % der Ackerfläche im Jahr ausmachen darf. Ökobetriebe erfüllen Greening-Maßnahmen per se und müssen nichts Weiteres vorweisen.

**Junglandwirteförderung** Junglandwirte unter 40 Jahren erhalten zu der „Basisprämie“ aus Direktzahlungen fünf Jahre lang einen Zuschlag von 25 % für die ersten 25 Hektar pro Betrieb (in Deutschland bis 46 Hektar), unabhängig von Investitionen.

#### Zweite Säule: Ländliche Entwicklung

(hier setzt die EU-Förderung eine nationale Kofinanzierung voraus):

**Neudefinition** sogenannter benachteiligter Gebiete, die aufgrund schwieriger Produktionsbedingungen Förderung erhalten sollen, durch acht biophysikalische Kriterien (Berggebiete gelten nach wie vor als benachteiligt).

**Beschäftigung im ländlichen Raum** die „Wirtschaftlichkeit“ des ländlichen Raums soll angeregt werden, u. a. durch die Förderung von Initiativen zur lokalen Entwicklung.

#### Forschung und Innovation

Die Kommission will die Mittel für Agrarforschung und -innovation verdoppeln und durch Vernetzung und Wissensaustausch, Innovationspartnerschaften, Beratungsdienste und Forschungsprojekte für Landwirte die Verbreitung der Forschungsergebnisse und ihre Umsetzung in die Praxis fördern.



Foto © Bigl Möhrle

**Hatte mehr erwartet** Jochen Fritz bei der Trecker-Sternfahrt gegen industrielle Landwirtschaft im Frühsommer 2011.

beziehen. Carlo Petrini wird deswegen vor dem Europa-Parlament sprechen.“

### EINE LOBBY DER GANZEN GESELLSCHAFT

Viele Organisationen, die sich aktiv in die Debatte über eine neue Ausrichtung der EU-Agrarpolitik einbringen wollen, haben sich zusammengeschlossen und die bundesweite Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ins Leben gerufen. Hinter ihr stehen 39 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Verbraucher-, Natur- und Umweltschutz, Tierschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Dabei sind z. B. die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Brot für die Welt, BUND, NABU und Slow Food. „Nach der großen Demo ‚Wir haben es satt!‘ anlässlich der Grünen Woche in Berlin im Januar 2011, an der 20.000 Menschen teilgenommen haben, ist uns klar geworden, dass wir nur durch politischen Druck der Straße auf die EU-Agrarreform einwirken können“, erzählt Kampagnenleiter Jochen Fritz. „Ziel der Kampagne ist eine demokratische, ökologische, soziale und faire Landwirtschaft, jenes Modell der Landwirtschaft, das unsere bundesdeutsche Regierung und die Agrarlobbys verhindern möchten. Wir begreifen uns auch als Lobby, vertreten aber nicht nur die Interessen der Bauern, sondern auch der Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherverbände, also der gesamten Zivilgesellschaft.“ Die Kampagne, die auch von Trägern der Entwicklungshilfe unterstützt wird, schaut auch über den europäischen Tellerrand hinaus auf die globalen Auswirkungen der EU-Agrarsubventionen: „Wir können nicht weiterhin tonnenweise Soja aus Südamerika nach Europa importieren, hier in den sogenannten Veredelungsbetrieben zu billigem Fleisch verarbeiten und was übrig bleibt, zu Dumpingpreisen nach Afrika exportieren und dort die Preise kaputtmachen. Diese Fehlentwicklungen der EU-Subventionspolitik werden leider im neuen GAP-Vorschlag nicht infrage gestellt.“ Dennoch sei Cioloș' Entwurf ein kleiner

Ackerland und dem Schrumpfen von ökologisch relevantem Land tatsächlich entgegenwirken können. Mehr Mittel für die Förderung aus der sogenannten „Zweiten Säule“ hätte sich Rupert Ebner gewünscht: „Diese betreffen direkt die Erhaltung und Entwicklung des ländlichen Raums. Dazu gehört die Förderung der Kulturlandschaft in all ihren Facetten, die Slow Food besonders am Herzen liegt: Von der Problematik der Berglandwirtschaft über den Schutz der Artenvielfalt und der Ökosysteme bis hin zur Überlieferung des traditionellen Wissens und zur Aufwertung typischer Produkte, nur um einige Beispiele zu erwähnen. Das Problem ist, dass das Budget der EU-Mittel für ländliche Entwicklung ca. ein Drittel der sogenannten ‚Ersten Säule‘ ausmacht. Zudem müssen Zahlungen aus der ‚Zweiten Säule‘ von den einzelnen EU-Ländern kofinanziert werden. Das heißt, die Höhe der Summen hängt dann vom Urteil der verschiedenen Regierungen ab, wie wichtig für sie ländliche Entwicklung ist.“

Auch um diese „Zweite Säule“ zu stärken findet Slow Food es wichtig, dass das EU-Agrarbudget, das bislang etwa 55 Milliarden Euro betragen hat, nicht gekürzt wird. Sicher ist, dass auf dem Weg zur neuen GAP noch viele Stolpersteine liegen. So Ebner: „Man muss sich im Klaren sein, dass es mit Cioloș' Papier beim EU-Ministertreffen wie beim Viehhandel zugehen wird: Es wird sehr lange verhandelt und korrigiert, bis etwas Konsensfähiges vorliegt. Deswegen ist es notwendig, dass jetzt möglichst viele Organisationen Position beziehen. Und da erstmalig auch das EU-Parlament darüber abstimmen wird, ist es auch wichtig, EU-Politiker miteinzu-

Schritt in die richtige Richtung, wenn auch ein viel zu kleiner, meint Jochen Fritz. Positiv sei die Absicht, die Landwirtschaft zu „ökologisieren“ sowie auch das Vorhaben, durch Förderung junge Landwirte zu unterstützen. Zwei Drittel der Landwirte in Europa sind ja älter als 55 Jahre. Die Vorschläge der Kommission seien aber angesichts der Situation, in der sich die Landwirtschaft seit Jahrzehnten befindet, wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. „Es müsste viel mehr ins Image dieses Berufs investiert werden, in die Ausbildung und ins Marketing. Das ist nur mit langfristigen Programmen möglich, nicht nur mit Subventionen. Aber das größte Problem für junge Menschen, die in die Landwirtschaft möchten, ist eher, dass sie keine Chance haben, an Land zu kommen und Höfe zu kaufen. Denn der Boden ist ein Spekulationsgut geworden, und die Erteilung von EU-Subventionen nach Flächengröße wird die Spekulation noch zusätzlich verstärken.“

### ENTSCHEIDUNGSJAHR 2012

Mit der Veranstaltungsreihe „Bauer hält Hof“, die im Herbst Station auf Bauernhöfen in ganz Deutschland machte, will die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ eine kontinuierliche Debatte um die Landwirtschaft der Zukunft entfachen, die Bauern mit Verbrauchern, Gastronomen, Händlern, Umweltaktivisten, Politikern und Medienmenschen ins Gespräch bringt und miteinander vernetzt. Auch nach der Demo vom 21. Januar 2012 in Berlin unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ wird die Kampagne weitergehen, erzählt Jochen Fritz: „Das Jahr 2012 ist sehr wichtig, denn es werden die wichtigen Entscheidungen getroffen – bisher liegen ja nur Vorschläge vor. Wir wollen eine Fahrt nach Brüssel organisieren: einen ‚Good Food March‘ zusammen mit dem Youth Food Movement vor dem EU-Parlament. Im März wollen wir auch Aktionen vor den Büros des EU-Parlamentes veranstalten, um mit den EU-Abgeordneten über das Thema in einen Dialog zu treten. Und wir werden versuchen, auf die deutsche Regierung Druck auszuüben. Diese hat eine große Bremsenrolle eingenommen, würde gerne alles beim Alten lassen...So werden wir mit ihr die dicksten Bretter zu bohren haben!“

[www.meinelandwirtschaft.de](http://www.meinelandwirtschaft.de)